

Fakten für Veranstaltung von HBS – 12. März 2010

Einige Stichworte zur kommunalen Finanzlage

Spagat wird größer

Zwischen den Herausforderungen der kommenden Jahre

Ausbau der Kleinkindbetreuung
Frühkindliche Bildung
Sozialarbeit für Jugendliche
Zunahme der Sozialen Leistungen durch die Wirtschaftskrise
Demografischer Wandel

und der Finanzausstattung der Kommunen klafft eine größer werdende Lücke

Gewerbesteuer 2009	Minus 15%
2010	Minus 18%
Gesamte Steuern 2009	Minus 10%
2010	Minus 11%

in absoluten Zahlen für Baden-Württemberg

Gesamte Steuern 2009	11,5 Mrd
2009	10,4 Mrd
2010	9,3 Mrd

und weitere Rückgänge 2011. Nach der Steuerschätzung soll das Niveau von vor der Krise erst wieder 2013 erreicht werden. Fraglich ist, ob diese Prognose belastbar ist. Fazit: Die Kommunen werden die nächsten Jahre in einem gewaltigen Spagat zwischen Aufgabenerfüllung und Finanzausstattung arbeiten müssen.

Hier sind die Steuersenkungen enthalten; nicht jedoch die im Augenblick laufenden Nachtragshaushalte, die in vielen Kommunen deutliche Hebesatzsteigerungen bringen werden.

Kommunaler Finanzausgleich

Dazu kommen Rückgänge aus dem kommunalen Finanzausgleich (FAG), der ja u.a. den Anteil der Kommunen (23%) an den Gemeinschaftsteuern (USt, EKSt, KöSt) verteilt, die durch den Rückgang der Gemeinschaftsteuern begründet sind und sich auch beim Land niederschlagen

2009	
Lohnsteuer	Minus 7,4%
EinkSt	Minus 18,2 %
KöSt.	Minus 37 %

daraus für die Kommunen Mindereinnahmen von weiteren 300 Mio Euro.

Mehrausgaben

Personal / Besoldung

<u>Tarifabschluss 2009</u>	Angestellte / TVöD	+2,9% plus 225 Euro
	Beamte	+ 3 % plus 40 Euro

daraus Mehrausgaben für die Kommunen 300 Mio Euro jährlich bleibend.

Tarifkompromiss Erzieherinnen

Mehrausgaben von 100 Mio Euro jährlich, bleibend.

Hier ist ein Blick in den industriellen Sektor hilfreich, der in Baden-Württemberg vielerorts durch die Automobilindustrie und ihre Zulieferer geprägt ist.

Hier sind teils dramatische Absatzeinbrüche bis zu 40% zu verzeichnen, bei den betroffenen Kommunen bricht die Gewerbesteuer noch stärker ein (Null Ertrag = Null Gewerbesteuer).

Die Industrie reagiert mit drastischen Lohnvereinbarungen zur Sicherung der Arbeitsplätze (Daimler Minus 8%) oder ebensolche Einschnitte ohne Arbeitsplatzgarantien (bei vielen Zulieferern).

In den betroffenen Kommunen ist der Spagat zwischen den eigenen Personalkosten und dem Verlauf der Steuereinnahmen noch drastischer als im Durchschnitt.

Anmerkung: Die Kommunen haben nicht das Pensionslastenproblem des Landes, da sie die Personalexpllosion der 70er Jahre (Lehrer) nicht hatten und durch ein eigenes Versorgungssystem Vorsorge getroffen haben.

Soziale Leistungen

Mit dem Ende der Kurzarbeit werden die sozialen Leistungen stark ansteigen, dies trifft die Landkreise und die Gemeinden gleichermassen (Kreisumlagen). Eine Abschätzung ist schwierig; sicherlich kommt aber 2011 ein dreistelliger Millionenbetrag auf die kommunale Ebene in BW zu.

Konjunkturprogramm II

Volumen für die kommunale Ebene in BW ca. 1mrd Euro. Bedeutet für den Eigenanteil (25%) eine Mehrbelastung von 250 Mio. Dies kann in vielen Kommunen nur durch die Ausweitung der Verschuldung oder die Streichung von anderen Investitionen aufgefangen werden. Die „Wachstumsbeschleunigung“ wird gering sein, wenn überhaupt in 2009 und 2010 wirklich „zusätzliche“ Investitionen entstehen.

Die Bauindustrie spricht (bundweit) von einem Zuwachs von 0,9% bei den öffentlichen Investitionen – in BW wird das eher darunter liegen.

Ausbau der Kleinkindbetreuung

Da die Bundes- und Landesförderung von unrealistischen Kostensätzen ausgehen (die aber einvernehmlich mit den Kommunen vereinbart wurden!) bleibt der überwiegende Teil der Investitionskosten/ des lfd. Betriebs mit ca. 330 Mio Euro (ab Vollausbau 2013) jährlich bei den Kommunen hängen. – Bund und Lan bringen ab 2013 ca. 264 Mio Euro (Ausbau von 32500 Plätzen (2007) auf 90000 Plätze (2013)) Der Rechtsanspruch auf einen Kleinkindbetreuungsplatz ab 2013 ist bereist Gesetz, insoweit haben die Kommunen dann wenig Spielräume.

Qualitätsverbesserungen im Kindergarten (nicht U3, noch nicht!)

Der Gemeindetag BW rechnet nach voller Umsetzung mit Mehrkosten von 600 Mio Euro einschließlich der drastischen Senkung der Gruppengrößen, der Akademisierung der Erzieherinnen und der Umsetzung des Orientierungsplans. Das Land geht weiter von 200 Mio Euro aus und bezuschusst davon wachsend ein Drittel das aber erst 2013 erreicht wird - im Jahr 2009 waren dies in der Anfangsstufe lediglich 13 Mio Euro.

Die Kommunen müssen aufhören, Vereinbarungen mit dem Land zu treffen, die von vorneherein finanzielle Schieflage haben, und keine tragfähigen Finanzierungen bieten.

Kreisumlagen

Die Kreisumlagen werden 2010 noch von den Sätzen her stabil bleiben (das aufgrund des hohen Umlagevolumens im Steuer-Boomjahr 2008 ausreichend Volumen zur Verfügung steht, das allerdings die Gemeinden jetzt im Steuer-Baissejahr 2010 besonders hat belastet).

Ab 2011 werden dann die Kreisumlagesätze deutlich steigen müssen, den die Sozialen Leistungen der Kreise als Sozialhilfeträger stehen vor einem dramatischen Anstieg. Die Kreise werden gleichzeitig viele Investitionen verschieben müssen (Krankenhäuser, Berufsschulen).

Reaktionen der Kommunen

Die Kommunen reagieren mit Gebührenanhebungen und Hebesätzen vorzugsweise bei der Grundsteuer. Beides trifft die untere Hälfte der Einkommen besonders, da die Grundsteuer über die Mieten weiter berechnet wird und die Gebühren (Kindergarten, Bus, Wasser, Abwasser,...) alle gleichmässig treffen. Die 20 Euro mehr Kindergeld sind längst durch Gebührenanhebungen aufgezehrt.

Weiterhin werden die Investitionen gestoppt oder gestreckt.

Es ist derzeit eine Welle von Nachtragshaushalten auf dem Weg, die diese Reaktionen umsetzen.

Symptomatisch für Schwarz-Gelb ist die Reaktion von Frau Homburger „Die Kommunen regen mich auf“. Dies kommt daher, dass bei den Kommunen die „Abwälzung“ nach unten genau den Bürger trifft, dem die FDP „Entlastung“ versprochen hatte. Auf der Kommunalen Ebene werden die Milchmädchenrechnungen der FDP offenkundig, es ist die Ebene auf der FDP auf Wirklichkeit trifft. Das regt Frau Homburger auf- das muss man verstehen

Was tun?

Keine Aussetzung der Verschuldungsregeln der Kommunen!

Ivo Gönner hat vorgeschlagen, die Verschuldungsregeln der Kommunen (Grundsatz: Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt muss die veranschlagten Tilgungen decken, wobei höhere Schulden über die Zinsen (im Verwaltungshaushalt!) die Zuführung belasten) auszusetzen. Dieses System hat sich aber über viele Jahre als sinnvolles Regelsystem bewährt und ist einer der Gründe,

warum die Entwicklung der Verschuldung auf der kommunalen Ebene wesentlich gedämpfter verlief als bei Bund und Ländern.

Denkbar ist aber die Einführung einer außerordentlichen Verschuldung mit festem Tilgungsplan, wie dies auch beim Land BW nach Einführung des Schuldenstopps in der Landeshaushaltsordnung eingeführt wurde oder ähnlich wie das „Ausgleichskonto“ bei der Schuldenbremse des Bundes. Jedenfalls wollen wir keine pauschale Öffnung oder Abschaffung der verschuldungsregelungen.

Wir wollen auch nicht, dass sich die schwarz-gelben Steuergeschenke am Ende des Tages als neue kommunale Schulden ansammeln, weil die Finanzierungsprobleme nach unten abgewälzt werden und die Kommunen (aus politischen Gründen) die Steuern und Gebühren nicht weiter anheben können.

Deutlich sagen, was geht und was nicht geht!

1. Den Bürgern sagen
2. Dem Land sagen (und mittelbar dem Bund bezgl. der Gesetzgebung)

Gemeindefinanzreform

Die unendliche Geschichte: Die Kommunen fürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Finanzlage und stärkere Abhängigkeiten vom Bund (Weitere Anteile Umsatzsteuer sind zwar schön, können aber jederzeit ohne Beteiligung der Kommunen wieder geändert werden).

Weiterhin ist zu befürchten, dass bei einer Gemeindefinanzreform mit einem Zuschlags-Hebesatz für die Einkommensteuer die Finanzierung von neuen Aufgaben auf die kommunalen Steuern verschoben wird: Der „liebe“ Bund senkt die Einkommensteuer, der „böse“ Gemeinderat muss daher einen höheren Zuschlag auf der kommunalen Ebene nehmen.

--

Eugen Schlachter, MdL; 12. März 2010